

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Stefan Förster (FDP)

vom 31. Oktober 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Oktober 2022)

zum Thema:

**Neuer Standort für Infowagen „Alternative Botschaft“ der Belarussischen
Opposition am Treptower Park**

und **Antwort** vom 15. Nov. 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Nov. 2022)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Stefan Förster (FDP)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/13733
vom 31. Oktober 2022

über Neuer Standort für Infowagen „Alternative Botschaft“ der Belarussischen Opposition am
Treptower Park

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft einen Sachverhalt, den der Senat teilweise nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine vollständige Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher das Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin um eine Stellungnahme gebeten. Sie wird in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Welche Bemühungen wurden im Ergebnis meiner Anfrage Nr. 19/11191 konkret unternommen, um für den Infowagen der „Alternativen Botschaft“, der bis März 2022 direkt gegenüber der Belarussischen Botschaft (Am Treptower Park 32) auf dem Parkstreifen stand und für Protestaktionen gegen das diktatorische Lukaschenko-Regime durch die belarussische Opposition genutzt wurde, einen akzeptablen Standort in unmittelbarer Nähe zu finden, nachdem der Wagen noch Monate später fernab im Verlauf der Straße Am Treptower Park zu finden war?

Frage 2:

In welcher Form hat sich der Senat konkret und durch wen in die Suche nach einem Alternativstandort eingebracht, wie in Beantwortung der o.g. Anfrage unter Punkt 7 zugesichert?

Antwort zu 1 und 2:

Der Bezirk Treptow-Köpenick hat mitgeteilt, dass das Bezirksamt mit den Antragstellenden weiterhin in regelmäßigem Austausch steht und das Ziel unterstützt, den Protest aufrechtzuerhalten. In Abstimmung mit der Polizei wurde bereits ein geeigneter Standort in der Nähe der belarussischen Botschaft gefunden, der die rechtlichen Bedingungen für das Vorhaben erfüllt.

Zwischen den Antragstellenden und dem Bezirksamt besteht aktuell noch Gesprächsbedarf bezüglich der konkreten Beachtung der rechtlichen Vorgaben.

Frage 3:

Gibt es bereits eine neue befristete Ausnahmegenehmigung oder eine Genehmigung zur Straßenlandsondernutzung durch das Bezirksamt Treptow-Köpenick und wenn ja, für welchen Standort, mit welchem Datum und mit welcher Laufzeit? Wenn nein, warum nicht?

Antwort zu 3:

Der Bezirk Treptow-Köpenick hat mitgeteilt, dass es noch keine Genehmigung gibt.

Frage 4:

Wer hat wann beim Senat die verkehrsrechtliche Anordnung zur Einrichtung einer Halteverbotszone am bisherigen Standort des Infowagens erteilt und wie lange ist diese befristet?

Antwort zu 4:

Der Senat hat dort gegenwärtig keine verkehrsregelnden Maßnahmen verfügt.

Frage 5:

Auf wessen konkreter Einschätzung basierte die Aussage, dass „ein erhöhtes Sicherheitsrisiko aufgrund der politischen Ereignisse in der Ukraine“ für die belarussische Botschaft besteht? Ist dem Senat bekannt, dass ein Sicherheitsrisiko für die belarussische Opposition gerade umgekehrt vom System des Diktators Lukaschenko ausgeht und hier Täter und Opfer gründlich verwechselt werden?

Antwort zu 5:

Der Bezirk Treptow-Köpenick hat hierzu mitgeteilt, dass die Gefahrenereinschätzung auf einer Aussage der Polizei beruhte.

Berlin, den 15.11.2022

In Vertretung
Dr. Meike Niedbal
Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz